



Haushaltsrede des Landrats Lothar Wölfle zur Einbringung des Haushalts 2012 in den Kreistag am 16. November 2011

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als wir gemeinsam vor einem Jahr den Haushaltsplan für das Jahr 2011 beraten haben, gab es heftige und ausgesprochen schwierige Diskussionen. Nur mit Mühe war es gelungen, den Haushaltsplan 2011 zum Ausgleich zu bringen. Einziger Lichtblick schien damals der Ausblick auf das Jahr 2012 zu sein. Schon damals stand fest, dass die Einnahmen der Gemeinden nach der erfreulich schnell überwundenen Finanz- und Wirtschaftskrise wieder sprudelten, so dass mit dem üblichen Zeitversatz auch der Landkreis davon profitieren würde. Und in der Tat: Bei gleichem Hebesatz steigt die Kreisumlage zwar noch nicht auf das Niveau der Vorjahre, aber immerhin um 9,3 Mio. Euro auf 72 Mio. Euro.

Doch: Wie gewonnen, so zerronnen! Aufgrund des Finanzausgleichssystems erhält der Landkreis aus dem Soziallastenausgleich für nächstes Jahr rund 1,8 Mio. Euro weniger, Schlüsselzuweisungen sinken um knapp 4 Mio. Euro und die Energiewende macht auch vor dem Bodenseekreis nicht halt. Wurde vor Jahresfrist noch darüber philosophiert, in welche Höhen die Ausschüttungen der OEW an die Landkreise noch steigen können, so greift in diesem Jahr Ernüchterung platz: Aufgrund der eingebrochenen Gewinne bei der EnBW werden wir im kommenden Jahr rund 3,2 Mio. Euro weniger Ausschüttung in der Kasse haben als in den letzten beiden Jahren.

Aber immerhin: Wir bekommen noch 6,3 Mio. Euro Ausschüttung aus unserem Engagement bei der EnBW – Gelder, die andere Landkreise nicht haben. Davon

profitieren alle Städte und Gemeinden in unserem Landkreis gleichermaßen, egal ob sie Konzessionsverträge mit der EnBW abgeschlossen haben und damit zu einem guten Ergebnis bei der EnBW beitragen, oder auch nicht. Und bei genauem hinsehen zeigt sich, dass die OEW in den letzten Jahren vorausschauend gehandelt haben, als sie nicht – wie von manchem gefordert – den größtmöglichen Betrag an die Landkreise ausgeschüttet, sondern Rücklagen gebildet haben. Die 40 Mio. Euro, die der Zweckverband der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke im Jahr 2012 an die neuen Mitgliedslandkreise ausschütten wird, kommen nämlich nicht allein aus der stark eingebrochenen Dividende der EnBW, sondern werden zum Teil auch aus den gebildeten Rücklagen entnommen.

Es muss gemeinsames Bestreben aller an der OEW Beteiligten sein, dafür zu sorgen, dass die EnBW künftig wieder Betriebsergebnisse erzielen kann, die eine hohe Dividende und damit eine hohe Ausschüttung der OEW an die Landkreise ermöglicht. Und auch hier zeigt sich, dass die konservative Finanzpolitik der OEW richtig war. Die Rücklage versetzt den Zweckverband der Oberschwäbischen Elektrizitätswerke in die Lage, eine Kapitalerhöhung bei der EnBW mitzutragen. Damit ermöglichen wir der EnBW, noch mehr und noch nachhaltiger in erneuerbare Energien zu investieren, als dies schon bisher der Fall war. Tatsache ist zwar, dass die EnBW den höchsten Anteil der Stromerzeugung aus Kernenergie hat von allen deutschen Stromerzeugern; Tatsache ist aber auch, dass kein anderer Energieversorger – von den ganz großen bis zu den ganz kleinen – im Verhältnis so viel in den letzten Jahren in erneuerbare Energien investiert hat wie die EnBW. Auf diesem Weg sollten wir, der Bodenseekreis, der Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke und hoffentlich auch das Land Baden-Württemberg die EnBW stärken und begleiten.

Der Kreistag wird sich mit dieser Frage wie auch mit der Zukunftsstrategie der EnBW noch intensiv beschäftigen. Ich werde meinen Weg der ausführlichen Information des Kreistages und die Einbindung der Gremien in die Entscheidungsfindung fortsetzen und mich auch innerhalb des Zweckverbandes dafür einsetzen.

Zurück zum Kreishaushalt des Bodenseekreises für das kommende Jahr:

Zu recht schaut der Kreistag immer wieder auf die Personalkosten, sind sie doch einer der größten Ausgabenblöcke des Kreishaushaltes. Zum ersten Mal überschreitet der Personalkostenansatz mit 40,88 Mio. Euro die Grenze von 40 Mio. Das ist zum einen auf die bereits zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbarten Gehaltserhöhungen zurück zu führen, zum anderen aber auch auf die notwendigen Personalmehrungen im Jugend- und Sozialbereich. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich beim Kreistag für die ausgesprochen konstruktive Begleitung in dieser Frage im zu Ende gehenden Jahr bedanken. Ich weiß aus meiner eigenen Zeit als Gemeinde- und Kreisrat, dass einem Gremium Personalmehrung keinen Spaß machen. Die detaillierte Untersuchung unseres Jugendamtes hat jedoch gezeigt, dass aufgrund immer neuer gesetzlicher Vorgaben es notwendig ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage zu versetzen, Ihre Arbeit entsprechend den gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Was die kommunalen Spitzenverbände vor einigen Jahren auf der Landesebene durchgesetzt haben, gibt es leider auf der Bundesebene noch nicht, nämlich das Konnexitätsprinzip. Auch in jüngster Zeit haben wir feststellen müssen, dass Bundestag und Bundesrat Gesetze beschließen, die wir personell und damit auch finanziell auszubaden haben. Jüngstes Beispiel ist etwa das neue Vormundschaftsgesetz. Und kaum ist dieses in Kraft, droht weiteres Ungemach durch das neue Kinderschutzgesetz, das derzeit in der Diskussion ist. Ich werde den Eindruck nicht los, dass die Bundespolitik hier – manchmal auch abseits fachlicher Sinnhaftigkeit – Gesetze verabschiedet, damit man sich nicht vorwerfen lassen kann, nichts getan zu haben. Dabei ist gesetzgeberischer Perfektionismus trügerisch. Soziale Gerechtigkeit und positive Einstellung zu unseren Kindern können dadurch jedenfalls nicht ersetzt werden.

Aber bleiben wir bei den Personalkosten. Die Kreisverwaltung hat durch den Abbau von freien Tagen bereits im vergangenen Jahr gezeigt, dass sie ihren Teil dazu beitragen will, die Personalkosten in Grenzen zu halten. Derzeit laufen Organisationsuntersuchungen bei den Straßenmeistereien und im Vermessungsamt. Ich darf Ihnen garantieren, dass wir nicht überall zu Stellenmehrungen kommen werden, wie dies bei der Untersuchung des Jugendamts der Fall war. Wir werden uns auch zukünftig kritischen Beratungen von außen stellen. So steht für 2012 etwa die Organisationsuntersuchung unseres Haupt- und Personalamtes an.

In der nächsten Kreistagssitzung werden wir Ihnen darüber hinaus erstmals einen umfassenden Personalbericht vorlegen können. Darin werden wir einerseits die Entwicklung des Stellenplans und der Personalkosten und deren Ursachen darlegen, andererseits aber auch darauf hinweisen, dass ein erklecklicher Teil unserer Personalkosten gegenfinanziert ist. Rund 38 % unserer Personalkosten bekommt nämlich der Kreis von Land, Bund oder der Europäischen Union erstattet.

Auch einen weiteren Bericht werden wir Ihnen in Kürze liefern können, den wir Ihnen seit über einem Jahr schuldig sind, nämlich den Bericht über die Effizienzrendite der Verwaltungsreform. Die Berechnung der Effizienzrendite war nach der Verwaltungsreform im Haus in unterschiedlicher Art und Weise durchgeführt worden. Dadurch war eine Vergleichbarkeit nicht mehr gegeben. Wir haben deshalb den gesamten Werdegang aller Stellen, die durch die Verwaltungsreform im Jahr 2005 zum Landratsamt des Bodenseekreises gekommen sind, nachverfolgt und werden Ihnen nun einen detaillierten Bericht vorlegen können. Das Ergebnis kann ich schon einmal vorweg nehmen: Wir erreichen fast eine Punktlandung und können damit den Beweis antreten, dass die untere Verwaltungsbehörde in kommunaler Trägerschaft tatsächlich rund 20 % günstiger zu organisieren ist als in der Trägerschaft des Landes. In einigen Ämtern ist die Effizienzrendite sogar deutlich höher, getrübt wird das Bild durch die fehlenden Gebühreneinnahmen in der Vermessungsverwaltung. Dafür können, wie hinreichend bekannt sein dürfte, die Kolleginnen und Kollegen im Vermessungsamt nichts. Vielmehr sind Land und Landkreise bei der Vereinbarung der Verwaltungsreform von viel zu hohen Gebühreneinnahmen ausgegangen, die nun tatsächlich nicht erzielt werden können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Entwurf des Haushaltsplans 2012 legen wir Ihnen einen Haushalt vor, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist. Wir können, sofern der Kreistag diesen Entwurf so mitträgt, sogar die Verschuldung noch einmal um rund 2,8 Mio. Euro reduzieren. Damit schaffen wir es erstmals, den Schuldenstand des Landkreises auf unter 50 Mio. Euro zu drücken. Wir sind zwar noch immer weit von unserem Ziel entfernt, die mittlere Verschuldung aller baden-württembergischen Landkreise zu erreichen, da auch andere Landkreise gerade in den letzten Jahren erheblich Schulden abgebaut haben. Wir sind aber auf

einem ausgesprochen guten Weg. Ich danke dem Kreistag sehr herzlich dafür, dass er diese Zielsetzung mitträgt! Künftige Generationen werden uns das danken.

Der Ausgleich des Haushaltsplans für das kommende Jahr war nur durch spürbare Einschnitte möglich: So haben wir im sozialen Bereich bei der Eingliederungshilfe für Behinderte und bei der Sozialhilfe rund 1 Mio. Euro reduziert. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass die Arbeitslosigkeit so niedrig bleibt, wie sie ist. Wenn durch die Eurokrise, durch Griechenland oder was auch immer die Zahl der Empfänger von Transferleistungen wieder steigt, haben wir dafür keine Mittel. Außerdem werden wir damit die um rund 820.000 Euro vom Bund gekürzten Mittel der Eingliederungshilfe im SBG II nicht auffangen können. Diese Positionen sind also „auf Kante genäht“.

In der Haushaltsstrukturkommission haben wir es durch intensive Kleinarbeit geschafft, die jährlichen Ausgaben um rund 1,5 Mio. Euro zu senken. Hinzu kommen rund 900.000 Euro einmalige Einsparungen. Die Arbeit hat sich wirklich gelohnt!

Der Ausgleich des Haushalts erforderte auf der anderen Seite aber auch, eigentlich notwendige Investitionen weiter zu verschieben. So müssen wir erneut vorschlagen, auf die Sanierung bzw. Neueinrichtung der naturwissenschaftlichen Räume am Bildungszentrum in Markdorf und am Berufsschulzentrum in Friedrichshafen zu verzichten. Hier sind, wie auch bei der dringend notwendigen Sanierung des Altbaus des Landratsamtes, allenfalls Planungskosten oder kleinere Maßnahmen vorgesehene. Auch der Erwerb der Straßenmeisterei in Tettang ist erneut verschoben. Und beim Kompetenzzentrum Obstbau Bodensee in Bavendorf schlagen wir vor, auf Investitionen so lange zu verzichten, bis vom KOB endlich klare Abgrenzungsregeln geschaffen werden, wie Forschungsaufgaben als Verpflichtung des Landes einerseits und Beratungsaufgaben als Verpflichtung der Landkreise andererseits voneinander getrennt werden.

Seit gestern liegt der Entwurf des Haushaltserlasses des Landes Baden-Württemberg vor. Soweit wir mit höheren Schlüsselzuweisungen rechnen können, als dies im Entwurf vorgesehen ist, sollen nach meiner Vorstellung weitere Schulden reduziert werden. Außerdem hätten wir dann den eigentlich notwendigen Puffer bei

den Sozialausgaben, die, wie ich schon erwähnt habe, zum Haushaltsausgleich reduziert wurden.

Erfreulich ist aber, was wir für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises trotz allem auch im kommenden Jahr anpacken wollen. Wir packen die Erneuerung des Maschinenparks in den Werkstätten unserer beruflichen Schulen an, wir verbessern die Sicherheit im Landkreis durch die Anschaffung von Notstromaggregaten und neuen Katastrophenschutzeinrichtungen, wir verbessern den Brandschutz an fast allen Schulen, die vom Landkreis getragen werden, wir sanieren Klassenzimmer und führen Energiesparmaßnahmen in unseren Gebäuden durch, wir fördern die Altenpflegeheime in Wespach und Eriskirch mit den langersehten letzten Raten. Wir führen die Baumaßnahme an der neuen Bahnunterführung in Neufrach zu Ende – und wenn uns die Gerichte lassen, dann werden wir auch wieder erheblich in den Kreisstraßenbau investieren und endlich mit der Südumfahrung in Kehlen beginnen. Daneben stehen erhebliche Planungskosten für die Südumfahrung Markdorf, die Ortsumfahrung Kluftern und die Affenbergstraße von Oberuhldingen nach Mendlishausen im Plan. Wir warten seit Jahren sehnlich auf die Richtlinien zur Förderung des Radwegebaus und hoffen, dass die neue Landesregierung ihr Versprechen wahr macht, hier Zeichen zu setzen. Und wir wollen bei der Bauschuttdeponie in Überlingen endlich Nägel mit Köpfen machen.

Viele weitere Maßnahmen, die ich naturgemäß jetzt nicht alle im einzelnen aufzählen kann, werden dazu beitragen, dass auch 2012 der Landkreis für die Bewohnerinnen und Bewohner unseres schönen Bodenseekreises wieder einiges tun können.

Ich möchte mich herzlich für die Erstellung des Entwurfs des Haushaltsplans 2012 bedanken bei Frau Schwartz, Frau Schwarzkopf und Herrn Hermanns. Ich glaube, wir haben gute Vorarbeit geleistet. Und so freue ich mich auf die Beratung des Kreishaushaltes in kommenden Wochen.

Herzlichen Dank!